

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

Nr. 502

Mittwoch, 25. Januar 2012

19. Jahrgang

## Interozeanischer Technologischer Korridor – der erste eskalierte Konflikt

*Im letzten ¡Fijáte! berichteten wir über die technischen und organisatorischen Hintergründe des riesigen privaten Korridors, der Autobahn, Eisenbahn und Erdölleitungen von einem Ozean zum anderen durch Guatemala führen soll. In dieser Ausgabe möchten wir näher auf die Probleme und Konflikte eingehen, die das Bauvorhaben auf lokaler Ebene hervorruft. Die Konflikte kommen jenen gleich, die wir schon in verschiedensten Fällen beobachten konnten: z.B. anhand der Bergbauprojekte unter der Regierung von Óscar Berger, von der unter anderem die kanadische Firma Montana profitiert; die von Álvaro Colom abgesegnete, aber umstrittene Verlängerung des Erdölabbaus im Naturschutzgebiet Laguna del Tigre durch die französische Firma Perenco, etc. Weder Bergers noch Coloms Regierung respektierten die dort wohnenden Gemeinden, was zu sozialen Konflikten führte. Auch der Korridor ist nicht davor gefeit.*

*Der folgende Text ist ein weiterer Artikel des Journalisten Alberto Arce, veröffentlicht in PlazaPublica. Er sprach dafür mit mehreren Personen in Zacapa und Jocotán, da ein Konflikt in letzterer Ortschaft zur Verlagerung des Projektes nach Zacapa führte.*

Als erstes befragte er Jorge Tovar, Unternehmensleiter, 33 Jahre alt und aus der Gemeinde San Jorge, Zacapa stammend. Er ist der offizielle örtliche Mittelsmann des Projekts - wurde aber bisher für seine Arbeit nicht bezahlt.

*Was denken sie über dieses Projekt?*

„Wir sind mit dem unterschriebenen Vertrag zufrieden. Das Land wird uns zu einem guten Preis abgekauft und wir bekommen einen 5%-Anteil an den Aktien. Das ist ein guter Handel für uns, ausserdem werden ja noch Arbeitsplätze geschaffen. Jetzt aber möchten wir, dass sich der unterschriebene Kompromiss konkreter gestaltet und der Verkauf mitsamt seinen Versprechungen uns gegenüber endlich abgeschlossen wird.“

*Was genau muss denn konkretisiert werden?*

„Zum Beispiel der Landverkauf.“

Denn die Gemeinden werden folgendermassen von dem Projekt profitieren: die Firma *Corredor Interoceánico de Guatemala S.A.* wird 13% ihres Gewinns auf die neun Gemeinden und 46 Stadträte, die sie unterstützen, aufteilen - sobald Gewinn fliesst. Die 2.800 EigentümerInnen, die ihr Land verkaufen, bekommen zusammen einen Anteil von 5% der Aktien, den sie unter sich aufteilen. Damit sind sie nicht nur Verkäufer sondern auch Aktionäre. So steht es zumindest in den verteilten Informationsblättern.

Aufgrund der in der Region herrschenden Probleme (wie Trockenheit und daraus folgende Nahrungsmittelknappheit und Hunger) sind die Erwartungen an das Projekt hoch. Aber nicht alle AnwohnerInnen haben darauf gleichermaßen erfreut reagiert. Die Geschehnisse von 12. Oktober 2010 in Jocotán sind ein Zeichen dafür. Ursprünglich sollte der Korridor durch dieses Stadtgebiet verlaufen, welches hauptsächlich von Maya-Chortí bewohnt wird.

*Aufgrund der Vorfälle in Jocotán kommt das Projekt nun zu euch?*

„Ja. Dort wollten sie das Projekt nicht haben, weshalb sich der Verlauf änderte. Nun profitieren wir davon. Der Coronel hatte Probleme dort.“

Wie wir schon aus dem letzten ¡Fijáte! wissen, ist der „Coronel“, Mario García Catalán, der Verantwortliche für die Landverkäufe. In Jocotán lief das weniger gut für ihn ab. Sein Auftreten dort endete mit Anzeigen und Festnahmen während einer Protestdemonstration, in der es zu mehreren Toten kam. Die Angaben über die

genaue Anzahl sind unklar und liegen irgendwo zwischen drei und 20. Weiterhin brannten das Rathaus, das Gemeindehaus, das Gebäude des Friedensrichter und die Bibliothek.

Daraus resultierend nimmt der Korridor nun einen Umweg von mehreren Kilometern über Zacapa. Die Geschehnisse in Jocotán werden vom Veranstalter des Projekts, Guillermo Catalán, als Terrorismus abgestempelt. Die offizielle Version ist, dass zwei Personen - Omar Jerónimo und Carlos Hernández von der Organisation Plataforma Agraria - die BäuerInnen manipulierten. Sie sollen ihnen erzählt haben, dass der Bürgermeister von Jocotán in die USA geflüchtet sei, und zwar mit dem Geld vom Verkauf des Landes.

Der Verwalter der Gemeinde Copán-Chortí, Adolfo Vásquez, und Unterstützer des Projekts betitelt die beiden „Schuldigen“ als diejenigen „die für die sind, die dagegen sind und gegen die, die dafür sind. An diesem Tag verbrannten Gebäude und Materialien im Wert von 1,5 Millionen Quetzales. Eines der Gebäude war nur zwei Monate vorher renoviert worden, bezahlt mit eine Spende der spanischen Kooperation von 150.000 US-Dollar. Neun Menschen befanden sich im Gebäude, als der Brand ausbrach.“

*Wie kam es zu dieser Eskalation des Protests?*

„Sie sagten den Leuten, dass der Bürgermeister mit dem Geld abgehauen sei.“, so Vásquez. „Ich bin sicher, dass die Demonstration nicht geplant hatte, die Gebäude abzubrennen. Der Gemeindepfarrer von Jocotán, ein pazifistischer Mensch, hatte zu der Demonstration aufgerufen. Aber es geriet alles aus dem Ruder, selbst die Verhandlungsversuche des Vizebürgermeisters halfen nichts.“

Laut Vásquez sei das Problem, dass diese Organisationen „eigentlich nur aus drei Leuten bestehen, die die anderen beeinflussen. Der Protest ist ihr Lebensinhalt, ihr *Modus vivendi*. Und dafür erhalten sie auch noch internationale Unterstützung.“

Arce schreibt, dass nach den Bränden eine Organisation von MenschenrechtsverteidigerInnen kam, um vom Bürgermeister Schutz für Omar Jerónimo und Carlos Hernández zu fordern.

Der Bürgermeister fragte, woher sie kämen. „Schweiz“, sei die Antwort gewesen, worauf der Bürgermeister diesen „Schweizern“ sagte, „dass dort ja der längste Tunnel der Welt existiert, sollen sie doch dort nerven“.

Mit internationaler Unterstützung ist wahrscheinlich die Organisation Peace Brigades International (PBI) gemeint, die seit 2009 in der Region MenschenrechtsverteidigerInnen begleitet. Wie der Name schon sagt, eine internationale und nicht Schweizer Organisation, in der aber auch Schweizer Freiwillige arbeiten. Das Anliegen der begleiteten Organisationen - *Asociación Campesina Camoteca* und *Coordinadora Central Campesina Chortí Nuevo Día* (Teil der *Plataforma Agraria*), unter deren Mitglieder auch die genannten beiden Personen zählen - ist es, für die Erhaltung der Umwelt einzutreten und die AnwohnerInnen und Gemeinden über die von Wasserkraftwerken und ähnlichen Megaprojekten, wie z.B. der technologische Korridor, verursachten Schäden zu informieren. Mehrere Wasserwerkprojekte (El Puente und El Orégano in Jocotán, und Caparjá in Camotán) sind als Teil der Erweiterung des *Systems der elektrischen Verbindung der Zentralamerikanischen Länder* (SIEPAC) in der Region geplant. Aufgrund von Einschüchterungen und Morddrohungen gegen verschiedene Mitglieder bezüglich ihrer Arbeit fragten sie internationale Begleitung an. Die Situation verschärfte sich, als im November 2010 Omar Jerónimo und Carlos Hernández festgenommen wurden. Sie wurden der Bedrohung der nationalen Sicherheit und der illegalen Vereinigung angeklagt, sowie an der besagten Demonstration sechs Monate zuvor beteiligt gewesen zu sein, in welcher in etwa 70 weitere Personen gegen den Plan der SIEPAC-Erweiterung protestierten. Im März 2011 wurde von strafrechtlicher Verfolgung abgesehen. Man verdonnerte sie zu einer Strafe von 1.000 Quetzales und verbot ihnen, an illegalen Demonstrationen teilzunehmen oder diese zu veranstalten.

Omar Jerónimo wird seit diesen Geschehnissen durch verschiedene Nachbarn mit dem Tode bedroht. Bedrohung oder auch juristische Kriminalisierung stellen eine normale Vorgehensweise in Guatemala dar, um GegenspielerInnen auszuschalten.

Gemeindeführer Jerónimo stellt die Fakten allerdings aus vollkommen anderer Sicht dar: „Das einzige Mal, dass ich in der Öffentlichkeit über den technologischen Korridor sprach, war im Januar 2009. In dem Moment kamen die verantwortlichen Baubetreiber nach Jocotán, um ihr Projekt vorzustellen. Seitdem habe ich mich eher abseits jeglicher Diskussionen gehalten. Am Tag der Brände war ich noch nicht einmal in der Gegend. Ich nahm an einer Aktivität in der Hauptstadt teil.“

Der Standpunkt von Jerónimo erscheint vernünftig. Er erklärt: „Wenn jemand in Guatemala Zweifel ausdrückt, dann werden diese von den anderen als negative Ansichten interpretiert. Die Brände veranschaulichen nur, dass es ein Kommunikations- und Sozialisierungsproblem gibt. Ich habe mich nie gegen das Projekt gestellt. Was ich allerdings immer verlangt habe, war, dass man den Leuten erklärt, welche wirklichen Auswirkungen der Bau des Korridors auf ihr Leben haben wird. Wie kann eine Schneise von 140 m Breite keine negativen Auswirkungen auf das Land, die Umwelt und das Leben der EinwohnerInnen haben? Bedeutet das Einverständnis der BürgermeisterInnen, dass die AnwohnerInnen und Gemeinden auch einverstanden sind? Welche Arbeitsplätze werden denn geschaffen und für wie lange? Was passiert mit den Kommunikationsnetzen der Gemeinden, die zwischen den Dörfern funktionieren, wenn es diese nicht mehr gibt, bzw. durch den Korridor geteilt werden? Wie hoch sind die kulturellen Kosten, wenn man zwei Räume schafft, die nicht miteinander verbunden, sondern durch den Korridor getrennt sind? Sind die Menschen damit einverstanden, dass Land in zwei zu teilen?“

Auf einige dieser Fragen Jerónimos besitzt Catalán Antworten. Aber wahrscheinlich keine, die den BäuerInnen gefallen würde. Auf die Frage, welche Art von Arbeitsplätzen denn geschaffen würden, war Cataláns Antwort: „Natürlich können sie sich nicht einfach hinsetzen und den Zügen beim Vorbeifahren zusehen. Man muss die Gleise reparieren und überwachen, Malerarbeiten durchführen, die Abgrenzungen erhalten, das Terrain säubern... Die AnwohnerInnen werden die Verantwortung haben, auf die Investition aufzupassen und den AusländerInnen, die hier ihr Geld investieren, Sicherheit zu verschaffen. Keiner der Beteiligten, keiner von uns ist sich der Ausmasse der Veränderungen bewusst, die der Korridor für die Gemeinden darstellen wird. Wir sprechen nicht davon Coca Cola bis in die Wüste zu bringen oder von Lügen oder falschen Versprechungen. Wenn wir die Erwartungen niedrig halten, können wir sie bemessen und die Vertrauensbeziehungen festigen. Die Leute sind sich bewusst, dass der Korridor auf ihrem Land gebaut wird. Aber sie sind sich nicht bewusst, dass das Leben sich für immer ändern wird.“

Omar Jerónimo, der terroristischer Aktivitäten beschuldigt wird, hat eigentlich genau das Gleiche wie Catalán ausgedrückt, nur in Form von Fragen und wahrscheinlich aus anderen Gründen. Fakt ist, dass die zu erwartenden Veränderungen etwas sind, woran keiner zu zweifeln vermag. Noch aber ist der Korridor nicht gebaut und einige Meilensteine gilt es noch immer zu beseitigen....

## **Der General ist jetzt Präsident**

**Guatemala Stadt, 14. Jan.** Guatemala hat einen neuen Präsidenten: Otto Pérez Molina hat am 14.01.2012 gemeinsam mit der Vizepräsidentin, Roxana Baldetti, seine Amtsgeschäfte aufgenommen. Sie ist die erste Frau in der Geschichte Guatemalas, die dieses Amt innehat.

Die Amtseinführung gestaltete sich als eine Art Gipfeltreffen der Präsidenten Lateinamerikas. Anwesend waren: der mexikanische Präsident, Felipe Calderón; der honduranische, Porfirio Lobo Sosa; die Präsidentin Costa Ricas, Laura Chinchilla; der kolumbianische Präsident, Juan Manuel Santos Calderón; der Präsident El Salvadors, Mauricio Funes; der gerade wieder gewählte Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega; der vor einem Vierteljahr gewählte Präsident Haitis, Michel Martelly; der Premierminister Belizes, Margarito Gaspar, der Präsident Surinams, Desiré Delano Bouterse und die Vizepräsidentin Perus, Marisol Espinoza. Schliesslich waren auch der Prinz von Asturien, Felipe de Borbón, und der Präsident Georgiens, Mijail Saakashvili, anwesend. In letzter Minute konnte der Präsident Panamas, Ricardo Martinelli, nicht zu der Inauguration erscheinen und wurde vom Aussenminister, Roberto Henríquez, vertreten.

Auf guatemalteckischer Seite glänzten einige Kongressabgeordnete durch Abwesenheit: so nahmen die Fraktionen der Partei des bisherigen Amtsinhabers Colom, die UNE, und auch die Partei des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten, Baldizon, LIDER, nicht an der Amtseinführung teil. Womöglich hängt dies damit zusammen, dass am Tag zuvor, der LIDER-Abgeordnete für Alta Verapaz, Valentin Leal Caal, in unmittelbarer Nähe des Kongresses ermordet wurde. Präsident Pérez Molina, der die Staatsanwaltschaft zu sofortigen Ermittlungen gegen den oder die Mörder aufforderte, verkündete, dass der Ermordete, einst Gouverneur von Alta Verapaz, im Begriff war, zur Patriotischen Partei überzutreten. Gleichwohl hat der LIDER-Kongressabgeordnete, Roberto Villate, Merkwürdigkeiten in der aufgefundenen Schrift Leals ausgemacht. Ein grafologisches Gutachten soll klären, ob der Abgeordnete tatsächlich zur PP gehen wollte. Neben Valentin Leal Caal wurde auch sein Bruder Erick erschossen. Allerdings könnte auch das Personalgeschacher um die Posten im Kongress eine Rolle gespielt haben.

In seiner Antrittsrede mimte Pérez Molina den Wahlkämpfer: „Wir wollen uns in diesem Jahr vollkommen dem Wandel der Epoche verschreiben, die eine Zeit des Friedens, des Wohlstands und der Hoffnung für Guatemala markieren wird.“ Um dieses umzusetzen, spielte er auf eine „baldige Unterzeichnung eines wahrhaftigen Staatsvertrages“ an, der den Fiskalpakt wieder aufgreife. Dieser werde es erlauben, „auf integrierte und effiziente Weise die Herausforderungen anzupacken, die heute die Staatsfinanzen aufzeigen. Damit werde eine Steuerverwaltung ermöglicht und die Zuweisung der Ausgaben verbessert, vor allem aber wird dadurch die Transparenz der Exekutive garantiert.“

Aussenpolitisch kündigte der neue Präsident an, dass Guatemala das Römische Statut für einen Internationalen Strafgerichtshof ratifizieren werde, „ein Beweis für unseren Wunsch, eine Zukunft zu schaffen, in der Recht und Gesetz gelten und der Respekt der Menschenrechte für das ganze Volk“.

Bezüglich des Bürgerkrieges, bittet Perez Molina die guatemalteckische Gesellschaft, „fähig zu sein, einander zu verzeihen.“ „Es ging mir nahe, in einem Krieg zu leben, wie ihn meine gesamte Generation erlebte, zu sehen, wie meine gesamte Generation litt. Und heute, 15 Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge, sind wir uns bewusst, dass viele der Ursachen des Konfliktes noch immer vorhanden sind. Obwohl es signifikante Fortschritte gegeben hat, verloren sich doch vielfach der Geist und die strategischen Ziele der Friedensverträge.“

Und schliesslich konnte Otto Pérez sich die Kritik an seinem – anwesenden - Vorgänger Colom nicht verkneifen: „Ich kann es nicht unterlassen, festzustellen, dass unsere Regierung heute ein Land erhalten hat, was sich in der Krise befindet. Ich wage es, anzumerken, dass wir eine Nation sind, die sich nahe an einem wirtschaftlichen und moralischen Bankrott befindet, weil heute das Schuldenniveau das höchste in der Geschichte des Landes ist und

weil wir eine vernachlässigte, zerstörte Infrastruktur vorfinden.“ Und er fuhr in bildhafter Sprache fort: „Wenn wir uns in den letzten Jahren wie in einem führerlosen Boot fühlten, so werde ich Ihnen heute wiederholen, dass es unser Bestreben sein wird, der Bürgerschaft diese Führungskraft zurückzugeben.“

Zum Thema Sicherheit sagte er, dass er die Zusammenarbeit der fünf für Sicherheit zuständigen Institutionen fördern werde, als da sind die Nationale Zivilpolizei, die Armee, der zivile Geheimdienst, der militärische Geheimdienst und die Staatsanwaltschaft (MP), ständig begleitet vom Menschenrechtsprokurator.

### Die Bilanz Álvaro Coloms

**Guatemala, 14. Jan.** Gemeinsam mit seinem Innenminister, Carlos Menocal, und dem Pressesprecher, Ronaldo Robles, richtete der Präsident Colom um 10:30 Uhr seine Abschiedsrede an den Kongress, um die neuen Abgeordneten und die neue Regierung in zweieinhalb Stunden über das Wichtigste zu informieren.

Die persönliche Bilanz seiner Amtszeit dauerte 18 Minuten. „Es waren die Wege der Solidarität, die ich mit meinem Plan der Hoffnung gegangen bin. Die vier Eckpunkte, die wir in unserer Wahlkampagne 2007 vorstellten, haben sich tatsächlich verbessert. Ich werde es kurz machen aus Respekt vor den internationalen Delegationen, die uns an diesem Tag der Übergabe der Präsidentschaft beehren.“ Zu den wichtigsten Erfolgen zählte er die Beschlagnahme von Drogen im Wert von 93 Milliarden Quetzales, die Festnahme von 14 Beschuldigten, deren Auslieferung die USA forderten, der Rückgang der Mordrate von 48 auf 38 pro 100.000 EinwohnerInnen sowie der Eintritt Guatemalas in den UN-Sicherheitsrat. Colom sprach zugleich von der Wichtigkeit der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit* (CICIG) und die Hilfe, die von Seiten der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) bei den Themen Wahlen und im Fall Rosenberg geleistet wurde.

Bezüglich der Finanzen, stellte er fest, dass eine Geldreserve von 29 % verblieben ist, dass es ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von mehr als 100 Milliarden Quetzales gegeben habe, und das Bankensystem in der Lage war, mit 15 Milliarden Quetzales den Produktionssektor zu finanzieren. „Es gab keine Bank, die Bankrott gegangen wäre und es gab keinen massiven Betrugsfall, wie es in den vergangenen Jahren geschehen ist.“

Der Chefvolkswirt des *Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien* (Icefi), Jonathan Menkos, stimmte Colom darin zu, dass es eine makroökonomische Stabilität gegeben habe, aber diese gehe auf das Konto der vorherigen Regierungen. „Ich glaube, dass es übertrieben optimistisch wäre zu sagen, dass ein Land mit ausreichenden Kapazitäten zur Bewältigung der Zukunft geschaffen worden ist“, erklärte Menkos. Ohne eine Steuerreform seien die öffentlichen Haushalte nicht in der Lage, jenen wirtschaftlichen Krisen zu begegnen, die aus Europa kommen und die natürlich einen Einfluss auf Guatemala haben werden. Er wiederholte jedoch auch die Erfolge bei der Mangelernährung, die in fünf Departments um 10 % zurückgegangen sei, der kostenlose Zugang zu Gesundheit und Bildung, der es ermöglicht habe, die Zahl der Behandlungen in den Krankenhäusern in den ländlichen Gebieten zu erhöhen sowie schliesslich den Rückgang des Analphabetismus.

Der scheidende Präsident Colom zählte weiterhin zu seinen Erfolgen, dass 4.000 Soldaten die Militärbrigade in San Marcos zurückerobert und jene im Peten und in Zacapa gestärkt haben, dass 3.000 StaatsanwältInnen des MP eingestellt worden seien, um sich um die Belange der Bevölkerung zu kümmern sowie 1.800 UntersuchungsbeamtInnen, um die Verfolgung der Kriminalfälle zu beschleunigen und vor Gericht zu bringen. Zuletzt nannte er noch die Reform des Wahlgesetzes, wobei diese ihr Ziel nicht erreicht habe.

### Der neue Kongress: die Posten sind vergeben, die Mehrheitsverhältnisse unklar

**Guatemala, 16. Jan.** Mit der Vereidigung der 158 Abgeordneten wurde die siebte Legislaturperiode seit Einführung der Demokratie eröffnet. Von den 158 Abgeordneten sind 136 Männer (86,1 %) und nur 22 Frauen (13,9 %). 90 Parlamentarier sind das erste Mal oder nach Unterbrechung wieder im Parlament. 9 Abgeordnete sind zwischen 18 und 30 Jahren alt. Die Verteilung ist aktuell:

PP	57 Sitze	LIDER	14 Sitze
UNE-GANA	48 Sitze	CREO	12 Sitze
UCN	14 Sitze	EG-VIVA	6 Sitze
URNG/MAIZ/WINAQ und PAN	Je 2 Sitze	FRG, PU und Victoria	Je 1 Sitz

In das Führungsgremium des Kongresses für 2012/2013 wurden gewählt:

- Kongressvorsitzender Gudy Rivera von der PP (mit 143 Stimmen),
- VizepräsidentInnen: Mario Linares (ebenfalls PP), Nineth Montenegro (VIVA-EG) und Oscar Chinchilla (CREO),

- SekretärInnen: Estuardo Galdámez (PP), Christian Bussinot (unabhängig, ex-UNE, ist aber auf der Kongress-Homepage noch als Mitglied der UNE-GANA-Fraktion aufgeführt), Emillenne Mazariegos (PP), Baudilio Hichos (UCN) und Manuel Barquín (GANNA).

Interessant ist, dass die UNE-GANA, immerhin mit Abstand zweitstärkste Fraktion, arg unterrepräsentiert ist, während die PP vier der neun Posten besetzt. Auch LIDER ist in dem Gremium nicht vertreten.

Sofern ein Rechts-Links-Schema in Guatemala irgendwie Sinn macht, so wäre in Bezug auf Mehrheitsverhältnisse am ehesten an eine Zusammenarbeit von PP, UCN und CREO zu denken. Sie kämen aber nur auf 73 Sitze, bräuchten also noch mindestens eine der rechten Splitterparteien, um eine Mehrheit zu erreichen. Insofern wäre eine grosse Koalition zwischen PP und UNE-GANA möglich. Vermutlich wird es aber – wie meist – zu wechselnden Mehrheiten kommen. Und/oder zu den obligatorischen Parteiwechseln der Abgeordneten.

## Ein Monument und ein Strassenname für Jacobo Árbenz Guzmán

**Guatemala, 12. Jan.** Am Kilometer 21 der Strasse zum Atlantik befindet sich ein Monument mit einer Plakette und Fotografie des ex-Präsidenten, nach dem die Route seit dem 12. Januar 2012 offiziell benannt ist: Juan Jacobo Árbenz Guzmán. Er übernahm das Amt 1951 und wurde mit Hilfe der CIA in einem Militärputsch am 27. Juni 1954 gestürzt. Die Umbenennung der Strasse ist Teil eines Abkommens einer freundschaftlichen Lösung, die am 19. Mai 2011 mit der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* geschlossen wurde. Es soll eine Art moralische Wiedergutmachung für die Menschenrechtsverletzungen gegen diesen ex-Präsidenten sein, der ins Exil gehen musste.

Der zweite Grund, die Route nach Árbenz zu benennen, sei, so Ruth del Valle, damals noch Vorsitzende der Präsidialen Menschenrechtskommission (COPREDH), bei den Kindern, die den Namen auch auf den Mauern neben den Fahrspuren lesen werden, Neugier zu erwecken und ihre Eltern zu fragen, wer das denn sei. "Es ist notwendig, dass wir uns erinnern, wer er war. Die offizielle Geschichte dieses Landes hat ihn versteckt. Obwohl und gerade weil er ein gestürzter Präsident ist, hat man den Namen Árbenz tot geschwiegen!", bekräftigte Del Valle.

An der offiziellen Feier nahm auch Jacobo Árbenz Vilanova, der Sohn des ehemaligen Präsidenten teil, der in Costa Rica lebt. Dieser betonte, wie wichtig für seinen Vater der Bau dieser Schnellstrasse war. Sie wurde gestützt durch ein Gutachten, das aufzeigte, dass Guatemala nicht vorangekommen könne, wenn es nicht alle Möglichkeiten ausschöpfe, um unabhängig zu sein. Er zählte die Route bis zur Karibik zu diesen Notwendigkeiten. Zugleich wurden dem Bildungsminister 10.000 Exemplare von Lehrbüchern und Curricula für die Grund- und Hauptschule übergeben, in denen auch über die Amtszeit von Árbenz berichtet wird.

## Anklage gegen Otto Pérez Molina vom Gericht zurückgewiesen

**Guatemala, 9. Jan.** Der erste Gerichtshof entschied, die Anzeige gegen den gewählten Präsidenten Otto Pérez Molina und dem Militär César Corzantes Alvarado zurückzuweisen. Besagte Anzeige verwickelte die beiden Männer in die vermutliche aussergerichtliche Exekution des als Guerilla bekannten Comandante Everardo, Efraín Ciriaco Bámaca Velásquez mit richtigen Namen, den man zuletzt im Jahr 1992 gesehen hatte.

Die Anzeige wurde durch die Ehefrau Bámacas, der US-Amerikanerin Jennifer Harbury, am 22. März 2011 eingereicht. Dies geschah, nachdem der *Interamerikanische Gerichtshof der Menschenrechte* (CIDH) entschieden hatte, den Fall wieder zu eröffnen.

Ricardo Alfredo Grijalva Rodríguez, Anwalt von Corzantes, gab an, dass die beiden Militärs nicht an der Entführung, der Folterung und des möglichen Todes von Bámaca beteiligt gewesen sein können und beantragte, sie vom Prozess loszusagen. Gemäss Grijalva beweisen Berichte der Militärzone 13-16 in Retalhuleu, dass weder Pérez noch Corzantes sich dort aufhielten und somit auch keine Entscheidungsgewalt über die dort stationierten Einheiten besaßen.

Der Anwalt der Klägerin, Edgar Pérez Archila, widersetzt sich jedoch der Entscheidung, da "der CIDH eindeutig Ermittlungen über das Verbleiben von Bámaca verlangt, was beinhaltet, herauszufinden, in wieweit die Personen, die mit dem Verbrechen in Zusammenhang gebracht werden, verantwortlich sind." Auch erschien es ihm interessant, dass gerade jetzt ein Militärbericht auftaucht, der Pérez Molinas Nichtanwesenheit in der Region bestätigt.

Kurz bevor die Richterin Patricia Flores ihren Beschluss bekannt gab, konsultierte die Anklage den Staatsanwalt des Falles, Manuel Vásquez. Dieser gab dabei an, nichts von einer Anfrage von Klagerücknahme der Anzeige gegen den Präsidenten zu wissen, sowenig wie von aktuellen Vorgängen im Fall des Verschwinden von Bámaca. Auf Nachfragen der Staatsanwaltschaft antwortete Vásquez, dass er auf eigene Faust so gehandelt hätte um der

Strafverfolgung des Präsidenten ein Ende zu setzen. Gemäss der Staatsanwaltschaft soll sich Vásquez jetzt vor der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz rechtfertigen.

Die Reaktion der Zivilgesellschaft zeugte von Entrüstung und man fordert, die Ermittlungen gegen Pérez Molina und Corzantes wieder aufzunehmen. Die Unabhängigkeit der Richterin sowie des Staatsanwalts werden bezweifelt, vor allem da die Entscheidung kurz nach der Wahl von Pérez Molina zum Präsidenten der Republik getroffen wurde. Des Weiteren wird befürchtet, dass auch andere Fälle von Verbrechen, die während des Inneren Konfliktes begangen wurden, davon beeinflusst werden oder dass die Prozesse ganz zum Stillstand kommen, da sie auch jetzt nur sehr langsam voranschreiten.

### **Polochic-Tal: Verletzte und zerstörte Ernten**

**Inup Agua Caliente de Panzós, Alta Verapaz, 6. Jan.** In den letzten Tagen der Colom-Regierung kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Polochic-Tal, einer Region, in der die Firma Chabil Utzaj seit knapp einem Jahr versucht, die ansässigen BäuerInnen zu vertreiben und das Land rechtmässig als das ihre zu beanspruchen.

Laut einer Pressemitteilung des CUC erschienen Sicherheitsmänner von Chabil Utzaj, begleitet von Einheiten der Nationalen Zivilpolizei und der Armee, am 5. Januar um 8 Uhr morgens in der Gemeinde Inup Agua Caliente. Ziel war es, die mit Bohnen, Mais, Chili und Kürbis bebauten Felder zu zerstören.

Da die Ernten die Lebensgrundlage der BäuerInnen darstellen, baten sie die privat-öffentlichen Kräfte, ihre Zerstörungsarbeit einzustellen. Aufgrund dessen wurden sie von den Sicherheitsleuten angegriffen, während, so heisst es weiter in der Pressemitteilung, die öffentlichen Kräfte nur zuschauten. Dabei wurden zwei Männer der Gemeinde verletzt: Edgar Chub und Oscar Quej.

Weiterhin erschien ein roter Hubschrauber und durchstreifte im Tiefflug die Gemeinden Inup Agua Caliente und El Sauce – was an die Ereignisse vom 13. Mai 2011 erinnerte, als drei Hubschrauber Projektile auf die Bevölkerung abschossen. Folglich terrorisierte das Erscheinen des Hubschraubers die Männer, Frauen und Kinder der beiden Gemeinden.

In den öffentlichen Medien las, hörte und sah man nur wenig bis gar nichts über diese erneute Gewalttat im Polochic-Tal. Auch bleibt weiterhin unverständlich, warum in einem Land, in der Nahrungsmittelknappheit und Hunger ein reales Problem darstellen, Ernten vernichtet werden. Wer an Bildern über die Zerstörung der Ernten interessiert ist, ist eingeladen, sich die Seite

[http://www.youtube.com/watch?v=WrP580oYw1w&feature=player\\_embedded](http://www.youtube.com/watch?v=WrP580oYw1w&feature=player_embedded) anzusehen.

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

**Redaktion:** Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg  
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Jahresabonnement Schweiz 85.-CHF